

FRAGEN	FPÖ Tirol	Kommentar FFF
<p>1. Enkeltaugliche Zukunft: Ist Ihnen bewusst, dass es nicht darum geht „den Planeten“ zu retten, denn die Erde existiert auch ohne Menschen noch einige Milliarden Jahre. Im weitesten Sinne gibt es auch keinen Klima- und Umweltschutz, sondern nur den Schutz des Menschen vor sich selbst. Es geht darum, das Fortbestehen der Menschheit zu sichern. Wir brauchen großes Engagement, um das Überleben unserer Kinder und Enkel zu ermöglichen. Wir haben maximal 2 Legislaturperioden Zeit, um eine Kurskorrektur zu vollziehen und Klimaneutralität zu erreichen. Stimmen Sie diesen Aussagen zu?</p>	<p>Die Menschheit hat schon viele Katastrophen überlebt und sich vor allem dadurch ausgezeichnet, dass sie anpassungsfähig ist. Aus diesem Grund ist der Mensch auch das einzige Lebewesen, welches sich fast über den ganzen Globus ausgebreitet hat. Einer Panikmache à la „wir haben nur noch 2 Legislaturperioden, bevor die Apokalypse eintritt“, halten wir für unangebracht, wengleich auf die Auswirkungen des Klimawandels reagiert werden muss. Aber bitte mit Vernunft, Augenmaß und nicht mit Panik und Alarmismus.</p>	<p>Den Aussagen wurde nicht zugestimmt. Es wurde lediglich erwähnt, dass auf die Auswirkungen des Klimawandels reagiert werden muss. Es ist mittlerweile allgemein bekannt, dass uns nur noch wenig Zeit bleibt, um die Folgen der Klimakatastrophe möglichst gering zu halten. Hier von einer Angst- und Panikmache zu sprechen zeigt nur, dass der Ernst der Lage nicht erkannt wurde.</p>
<p>2. Pariser Klimaabkommen: Das Pariser Klimaabkommen ist auch für Tirol bindend. Planen Sie das Ziel die Erderhitzung auf +1.5 °C zu begrenzen, in die Tiroler Landesordnung aufzunehmen, oder als Alternative ein Klimaschutzgesetz auf Landesebene einzuführen?</p>	<p>Nein, weil das Pariser Klimaabkommen keinen Umweltschutz vorsieht. Wie der deutsche Umweltminister Robert Habeck (Grüne) richtig angemerkt hat, geht Klimaschutz fast immer auf Kosten des Umweltschutzes. Wie bei Frage eins angemerkt soll auch bei der Klimapolitik Augenmaß und Vernunft vorherrschen.</p>	<p>Die Frage wurde beantwortet und abgelehnt. Den Klimaschutz aus Gründen des Umweltschutzes abzulehnen ist fatal, denn der Umweltschutz umfasst die Teilbereiche Boden, Wasser, Luft und Klima, zwischen denen auch Wechselwirkungen bestehen und die daher nicht getrennt betrachtet werden können. Die Aussage, dass Pariser Klimaabkommen sähe keinen Umweltschutz vor, ist ebenfalls falsch. Ein Teil des Klimaabkommens bezieht sich explizit auf die Förderung von Klimaresistenz und ist damit auch im Bereich des Umweltschutzes zu verorten. Das Zitat von Robert Habeck wurde aus dem Zusammenhang gerissen. Robert Habeck hat im Kontext von Klimaschutzmaßnahmen davon gesprochen, dass es punktuell zu Kompromissen zum lokalen Umweltschutz kommen kann.</p>
<p>3. Klimacheck für alle neuen Gesetze und Förderungen: Werden Sie neue Gesetze, Verordnungen, Erlässe und Richtlinien, sowie vom Land Tirol bereitgestellte Fördermöglichkeiten auf Ihre Klimaauswirkungen hin untersuchen und nur solchen Förderungen, Gesetzen, Verordnungen, Erlässen und Richtlinien zustimmen bzw. solche beschließen, die positive Auswirkungen auf das Klima haben? Bestehende Gesetze und Förderungen, welche klimaschädigende Auswirkungen haben, müssen klimafreundlicher gestaltet werden. Die Ergebnisse des Klimachecks für Gesetze (Einführung Juli 2022) müssen rechtlich bindend sein. Stimmen Sie dem zu?</p>	<p>Nein, auch hier verweisen wir auf das bereits erwähnte.</p>	<p>Die Frage wurde abgelehnt.</p>
<p>4. Beauftragter für die künftigen Generationen: Befürworten Sie die Idee, die Stelle eines „Beauftragten für die künftigen Generationen“ zu schaffen? Vorbild wäre Wales mit Sophie Howe in der Funktion eines "Future Generations Commissioner", eine Lobbyistin für die zukünftige Generationen. Alle Gesetzesvorlagen der walisischen Regierung werden von ihr dahingehend überprüft, ob sie die Interessen der Jüngeren auch genügend berücksichtigen. Siehe auch: „Meet the world's first 'minister for future generations“ https://www.theguardian.com/world/2019/mar/02/meet-the-worlds-first-future-generations-commissioner</p>	<p>Es gibt schon genug Lobbyismus in der Politik – es braucht eher weniger davon. Wir machen Politik für alle Tiroler und machen dabei keine Altersunterschiede. Am letzten Landesparteitag haben wir eine Resolution mit dem Namen „glückliche Kinder – sichere Zukunft“ verabschiedet. Wir machen Politik für die Zukunft und generationsübergreifendes Denken ist in der DNA unserer Partei seit jeher verankert. Eine größere Einbindung der Jugend in politische Entscheidungsprozesse ist auf jeden Fall zu begrüßen.</p>	<p>Die Frage nach dem/der Beauftragten für die künftigen Generationen wurde beantwortet und abgelehnt. Die Gleichsetzung mit Lobbyismus ist sehr problematisch, da es hier nicht um persönliche Vorteile geht, sondern um die Bewahrung der Lebensgrundlage auch für die Generationen, die heute noch nicht geboren sind. Dazu hat ein Teil der Tirolerinnen und Tiroler noch kein Wahlrecht (aktiv und passiv) und kann daher ihre Interessen nicht einbringen. Klimaschutz geht außerdem weit über die Bedürfnisse von Menschen in Tirol hinaus.</p>
<p>5. Unterstützung der Klimaneutralität 2040: Der Klima-Fahrplan auf EU- und Bundesebene sieht Klimaneutralität bis 2040 vor. Bereits 2030 soll der Strom zu 100% aus erneuerbaren Quellen kommen. Decken sich diese Ziele mit Ihren zukünftigen Zielen in der Landespolitik?</p>	<p>Nein, weil es schlicht utopisch ist. Wir können gerade in Deutschland beobachten, was passiert, wenn das auf Biegen und Brechen durchgedrückt wird. Die Energie- und Stromkosten explodieren und treffen die Ärmsten unserer Gesellschaft, aber auch den Mittelstand hart. Zudem wird die Industrie und Wirtschaft zerstört. Wir als soziale Heimatpartei sind immer auf die soziale Verträglichkeit bedacht und diese sehen wir nicht. Uns schwebt ein Ausbau der Tiroler Wasserkraft vor, aber eine völlige Abkehr von fossilen Energien in dieser kurzen Zeit wird nicht möglich und zielführend sein.</p>	<p>Die Frage wurde beantwortet und abgelehnt. Die FPÖ erkennt hier nicht Ursache und Wirkung und schiebt die Gründe für hohe Energiepreise den erneuerbaren Energiequellen zu, die längst am günstigsten sind. Die hohen Energie- und Stromkosten resultieren aus dem hohen Abhängigkeitsgrad von fossilen Energieträgern. Weiters ist lange bekannt, dass auf die Volkswirtschaft enorme Kosten zukommen, wenn Klimaschutz nicht umgesetzt wird (vergl. Stern-Review 2006 und 2021). Die Annahme, Klimaneutralität sei utopisch, zeigt, dass die Partei nicht bereit oder in der Lage ist, über ihren bekannten Ereignishorizont hinwegzudenken.</p>

Kommentar FFF Tirol - FPÖ Tirol - Klimawahlen.at

<p>6. Erstellung eines Klima- und Energiekonzepts: a) Sind Sie dafür, dass es auf Landesebene ein Klima- und Energiekonzept mit der Ausrichtung "Klimaneutralität bis 2040" und einem festgelegten Treibhausgas-Budget gibt und dessen Umsetzung jährlich öffentlich evaluiert wird? b) Soll dieser Klima-Fahrplan auch im Landtag beschlossen werden?</p>	<p>a) Nein, siehe Antwort Frage 5. Abgesehen davon ist Klimaneutralität ein sehr schwammiger Begriff. b) Prinzipiell sollte bei allem das Land betreffende der Landtag eingebunden sein.</p>	<p>Die Fragen wurden beantwortet und abgelehnt. Auch hier, wie bei Frage 5, werden wissenschaftlich evidente Dringlichkeiten und Zusammenhänge negiert bzw. ignoriert.</p>
<p>7. Reduktion Bodenverbrauch / Versiegelung: Die Raumordnung hat einen bedeutenden Einfluss auf das Verkehrsaufkommen. Der Sektor Verkehr ist in Tirol für einen großen Teil der CO2-Emissionen verantwortlich. Gemäß Programm der österreichischen Bundesregierung soll der Bodenverbrauch möglichst gering gehalten werden und die jährliche Flächeninanspruchnahme bis 2030 auf ein 1/4 der jetzigen Bodenverbrauchsrate reduziert werden. Sind Sie für eine umfassende Reform der Tiroler Raumordnung sowohl auf Landes-, als auch auf Gemeindeebene zur Verhinderung weiterer Zersiedelung und Versiegelung der Tiroler Landschaften?</p>	<p>Eine Reform der Raumordnung würden wir sehr begrüßen. Dem massiven Bodenfraß ist entgegenzuwirken.</p>	<p>Der Frage nach einer umfassenden Reform der Raumordnung wurde zugestimmt. Was das inhaltlich bedeutet, bleibt dagegen offen.</p>
<p>8. Biodiversität: Eine von der EU Kommission in ihrer Biodiversitätsstrategie geforderte Maßnahme ist es, 30% der Land- und Meeresflächen außer Nutzung und unter Naturschutz zu stellen. Setzen Sie sich dafür ein, in Tirol 30% der nutzbaren Landesflächen langfristig unter Naturschutz oder außer Nutzung zu stellen und versiegelte Flächen wo es möglich ist zu begrünen?</p>	<p>Umweltschutz ist Heimatschutz und das beinhaltet natürlich auch heimische Arten zu schützen. Dementsprechend bekennen wir uns zum Naturschutz und zur Biodiversität.</p>	<p>Die Frage wurde nicht beantwortet. Es wurden lediglich Schlagworte verwendet, die unkonkret sind.</p>
<p>9. Mobilität: a) Soll im Land Tirol das Angebot bzw. die Infrastruktur für den nichtmotorisierten Verkehr und den öffentlichen Verkehr deutlich ausgebaut werden - mit entsprechender Umschichtung der finanziellen Mittel? b) Sind Sie bereit, zur Mobilitätswende auch dadurch beizutragen, dass das Land auf Maßnahmen verzichtet, die den Pkw-Verkehr weiter erhöhen würden?</p>	<p>a) Im urbanen Raum auf jeden Fall. Wir geben aber zu bedenken, dass es in Tirol gerade in den Tälern sehr viele Menschen gibt, die auf ihre Privatfahrzeuge angewiesen sind. Überdies hat Privatmobilität ein nie gekanntes Maß an persönlicher Freiheit gebracht. Unter Berücksichtigung dieser Faktoren muss ein umfassendes Konzept erarbeitet werden. b) Wie bereits ausgeführt, sind viele Leute auf ihre Pkw angewiesen. Das wird auch in Zukunft so sein. Ein Ausbau des öffentlichen Verkehrs in jeden Winkel des Landes ist nicht rentabel.</p>	<p>Die Fragen wurden ausweichend beantwortet. Eine klare Ablehnung ist hinsichtlich der Transformation weg vom motorisierten Autoverkehr nicht zu erkennen. Die Partei ist nicht in der Lage, für ländliche Regionen eine Mobilität abseits heutiger Muster zu denken und beharrt auf der Bewahrung des StatusQuo.</p>
<p>10. Agrarwende: Im Zuge der aus Klimaschutzgründen notwendigen Agrarwende wird der Bedarf an pflanzlichen Proteinquellen weltweit steigen. a) Sind Sie für die Stärkung einer nachhaltigen, biologischen und regionalen Landwirtschaft in Tirol, die auch einen Schwerpunkt setzt auf Unterstützung rein pflanzlicher Lebensmittelproduktion und Veredelung (zB: Leguminosenanbau, Glashäuser, Bäume, Tofuproduktion, Pflanzenfleisch, Pilzzucht...)? b) Werden Ihrer Meinung nach in den Landwirtschaftlichen Ausbildungsstätten die klimatreibende Wirkung der Rinderhaltung und des Konsums von tierischen Nahrungsmitteln ausreichend thematisiert?</p>	<p>a) In Tirol hat jeder prinzipiell die Möglichkeit, sich wirtschaftlich zu entfalten. Für ein künstliches Eingreifen mit Steuergeld sehen wir aber keine Notwendigkeit. Vor allem lehnen wir eine Verteufelung der traditionellen Tiroler Viehwirtschaft ab. b) Ja.</p>	<p>Die Frage zur Unterstützung einer rein pflanzlichen Lebensmittelproduktion und Veredelung wurde abgelehnt. Zudem wurde bei der Antwort leider vergessen, dass schon heute künstlich mit Steuergeld eingegriffen wird (zB. landwirtschaftliche Subventionen), nur leider entgegen der Evidenz bezüglich des Klimaschutzes. Der zweiten Frage wurde zugestimmt.</p>
<p>11. Nachhaltigkeit in der Bildung: a) Sollen in allen wissenschaftlichen Disziplinen der Universität Innsbruck weitere Studienprogramme mit Nachhaltigkeitsschwerpunkt etabliert werden? b) Sollen Nachhaltigkeitsaspekte in Kindergärten und Schulen altersentsprechend thematisiert werden?</p>	<p>a) Nein. b) Das geschieht ohnehin schon. Eine ideologische Indoktrinierung lehnen wir aber vehement ab.</p>	<p>Die Frage wurde ohne weitere Begründung negativ beantwortet.</p>

<p>12. Bedrohung der grundrechtlichen Freiheit durch zu wenig Klimaschutz: Weniger ambitionierte Klimaschutzmaßnahmen werden dazu führen, dass die nachfolgenden Generationen zu massiven Emissionsminderungen gezwungen werden, die fast alle Freiheiten massiv einschränken werden. Unsere Kinder und Enkel müssen sich dann nicht nur ein wenig einschränken, sondern sie werden sogar in ihrer grundrechtlichen Freiheit bedroht. Stimmen Sie dieser Aussage zu?</p>	<p>Da wir von Ihrer Seite zur Einschränkung der Grund- und Freiheitsrechte in Bezug auf die Coronapolitik der Regierung kein Wort gehört haben, können wir diese Frage Ihrerseits leider nicht ernst nehmen.</p>	
---	--	--